

# Themenmatrix im Mittelpunkt

Auf Klausurtagung der Linksfraktion in Bad Blankenburg ging es um die anstehenden politischen Schwerpunkte der Arbeit

**Die Auswertung einer von der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag in Auftrag gegebenen repräsentativen Umfrage zu politischen Inhalten ihrer Arbeit, die Beratung von Themenschwerpunkten für die kommenden Monate sowie die nach der Bundestagswahl notwendig gewordene Neubesetzung von Sprecherfunktionen und Ausschüssen standen im Vordergrund der Klausur der Abgeordneten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Linksfraktion am 5. November in Bad Blankenburg.**

Die Repräsentativbefragung des Meinungsforschungsinstituts Emnid, für die im Zeitraum vom 9. bis 23. Oktober 2013 insgesamt 1.000 Wahlberechtigte in Thüringen befragt wurden, hat ein klares Ergebnis bei der Wichtigkeit von Themen für die Thüringerinnen und Thüringer und für die Landespolitik ergeben.

Mit äußerst klaren Voten haben sie Platz 1 an „Arbeitsplätze schaffen mit Löhnen, von denen man vernünftig leben kann“ (70 Prozent) vergeben. Die Plätze 2 und 3 belegten „gleiche Bildungschancen für Kinder von Anfang an“ (52 Prozent) und der „Erhalt der Wirtschaftsstandorte in Thüringen“ (47 Prozent). Im Schlussfeld rangiert der von der Landesregierung so oft strapazierte „Schuldenabbau in Thüringen“ (21 Prozent).

Interessant war jedoch auch die Befragung nach weiteren generellen The-

men. So sprach sich auch eine überwältigende Mehrheit (60 bis 80 Prozent) für die Sicherung von Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge durch Städte und Gemeinden aus. Dazu zählen die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, das Gesundheitswesen, die Müllentsorgung und Straßenreinigung, der Unterhalt von Kultur- und Sporteinrichtungen, der öffentliche Personennahverkehr, Stromversorgung und Wohnungsbau bzw.



Mietobergrenzen. Alles in allem zeigt die Umfrage, die Thüringer Bürgerinnen und Bürger erwarten für ihre Steuern auch einen verantwortungsvollen Umgang mit den Mitteln für die Gesellschaft. Ein Ansinnen, welches DIE LINKE seit jeher immer verfolgt und weiter verfolgen wird.

Ein weiterer zentraler Punkt der Beratungen auf der Klausurtagung der LINKEN war die Themenmatrix „Thüringen-fair-ändern“, mit der die Fraktion in elf Politikbereichen - vom „Sozialen

Thüringen“, über „Gute Bildung für alle von Anfang an“, „Kulturland Thüringen“, „Moderne Verwaltung und Stärkung des Öffentlichen“ bis zu „Rassismus entgegentreten“ - mehrere Dutzend konkrete Vorschläge für die Landespolitik macht.

Die Besonderheit besteht dabei in der Vernetzung aller Politikbereiche miteinander. Dadurch sind alle Forderungen aufeinander abgestimmt und ergänzen sich wechselseitig. Vollstän-



dig der Öffentlichkeit präsentiert wird die Themenmatrix Ende November im Internet auf einer eigens programmierten Webseite, auf der jeder Vorschlag kommentiert und diskutiert werden kann.

## Neubesetzung von Funktionen und Mitgliedschaften

Der Wechsel von Martina Renner, bisher stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion sowie innenpolitische

Sprecherin, in den Bundestag machte die Neubesetzung von Sprecherfunktionen, Ausschussmitgliedschaften und des Fraktionsvorstandes notwendig. Die Linksfraktion hat während der Klausur folgende Personalbeschlüsse gefasst:

stellvertretende Fraktionsvorsitzende: Margit Jung (siehe Foto)

Mitglied des Ältestenrats: Margit Jung  
innenpolitischer Sprecher: Ralf Kalich

Mitglied Innenausschuss: Ralf Kalich  
Mitglied im NSU-Untersuchungsausschuss (UA 5/1): Dieter Hausold  
stellvertretendes Mitglied im UA 5/1: Ralf Kalich

stellvertretendes Mitglied im Trinkauss-Untersuchungsausschuss (5/2): André Blechschmidt

Mitglied im Petitionsausschuss (für Katharina König): Ute Lukasch  
stellvertretendes Mitglied im Gleichstellungsausschuss (für Margit Jung): Ute Lukasch

stellvertretendes Mitglied im Petitionsausschuss (für Martina Renner): Katharina König

stellvertretendes Mitglied im Innenausschuss (für Ralf Kalich): Dieter Hausold

stellvertretendes Mitglied im Bauausschuss (für Ralf Kalich): Tilo Kummer

Mitglied im Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung: Sabine Berninger

## Debatte Justizvollzugsgesetz: Resozialisierung muss sichergestellt werden

**„Die LINKE erkennt auch Menschen im Gefängnis und auch noch im Erwachsenenalter positives Änderungs-, Entwicklungs- und Lernpotential zu. Der Justizvollzug hat die Aufgabe, dieses Änderungs-, Entwicklungs- und Lernpotential zu nutzen und zu fördern.“**

Das ist ein Kernziel wirksamer dauerhafter Resozialisierung. Dazu müssen im Vollzug vom ersten Tag an Angebote gemacht und Aktivitäten entfaltet werden zur Unterstützung der Gefangenen“, betonte Sabine Berninger, justizpolitische Sprecherin der Linksfraktion, in der ersten Lesung zum Gesetzentwurf der Landesregierung für ein neues Thüringer Justizvollzugsgesetzbuch.

Darin sollen – ohne Trennung in einzelne thematische Bücher – die Regelungen für den Erwachsenenvollzug, den Jugendstrafvollzug, die Untersuchungshaft und für die Vollstreckung der Sicherungsverwahrung geregelt werden. Die LINKE bekräftigte ihre langjährige Kritik am Übergang der Gesetzgebungskompetenz für den Justizvollzug vom Bund auf die Länder. Auch viele gesellschaftliche Organisationen warnen vor einem „reinen Verwahrvollzug unter Haushaltsvorbehalt“ in den

Ländern, also einer deutlichen Abkehr vom verfassungsrechtlich vorgeschriebenen Modell des auf dauerhafte Resozialisierung nach der Haft angelegten Vollzugs.

Sabine Berninger sprach auch die Kritik von Thüringer Verbänden an z.B. aus dem Bereich der Strafvollzugsbediensteten –, die die Struktur des geplanten Gesetzbuchs als unübersichtlich und wenig praxistauglich einschätzen. Zu kritisieren sei grundsätzlich, dass die Regelungen zwar beim Lesen einen positiven Eindruck hinterließen, aber bei näherem Hinsehen in ihrer Substanz und Verbindlichkeit zu wünschen lassen.

„Überhaupt fällt auf, dass der Gesetzentwurf aus bestehenden Problemlagen im Thüringer Justizvollzug keine wirklichen Konsequenzen zieht. Es scheint, dass das mangelhafte 'Ist' in den Thüringer Justizvollzugsanstalten die schnöde Blaupause für das 'Sollen', die gesetzliche Regelung, abgibt – wohl auch noch geprägt durch finanzielle Zwänge. Qualitätsentwicklung und -sicherung sähe anders aus“, so die LINKE Justizpolitikerin. Sie verwies dazu beispielhaft auf die Formulierung der Vollzugsgrundsätze und die Vorschriften zur medizinischen Versorgung. Hinsichtlich der Situation im Be-

reich medizinische Versorgung in den Thüringer JVAen (z.B. seit längerem unbesetzte Stellen) bedeutet das: „Gefangene haben Anspruch auf eine gleichwertige Behandlung, auch Facharztbehandlung, wie in Freiheit. Vorkommnisse in der Vergangenheit in den Thüringer JVAen und immer noch offene Stellen (Stichwort JVA Tonna) belegen bestehende Defizite. Zwar sieht § 73 einen Rechtsanspruch auf Behandlung vor, aber durch die Erwähnung des ‚Wirtschaftlichkeitsprinzips‘ in Absatz 1 gibt es wieder einen Hebel zur Aufweichung des Rechtsanspruchs. Das wirft ein wichtiges Schlaglicht auf ein anderes grundsätzliches Problem. Auch und vor allem wenn man sehr weitreichende Regelungen im Gesetz verankern will, müssen sie finanziell und personell durch das Land abgesichert werden....“

Damit ist ein zentraler Punkt politischer Gestaltungsarbeit angesprochen: Gesetze sind letztlich nur so gut wie ihre praktische Umsetzung. Ausgehend davon forderte Sabine Berninger den Thüringer Finanzminister auf, die Umsetzung eines auf wirksame Resozialisierung ausgerichteten Gesetzes haushalterisch abzusichern. Aktuelles Problem ist das Auslaufen der Förderung für Aus- und Weiterbildungsmaß-

nahmen bzw. Arbeitsstellen für Gefangene. Nach Ansicht der LINKE-Fraktion muss das Land eine Lösung finden, damit der von Organisationen und Trägern befürchtete Wegfall von Kursen und Stellen abgewendet werden kann.

Ausbildung, Qualifizierung und Arbeit vom ersten Hafttag an sind Kernbestandteil wirksamer Resozialisierung. Insofern begrüßt die LINKE die Verankerung der Arbeitspflicht im Gesetzentwurf, allerdings sollte sie von einem Rechtsanspruch der Gefangenen auf solche Arbeitsstellen und Bildungsmaßnahmen flankiert werden – damit der „Haushaltsvorbehalt“ die Vorschrift nicht „leerlaufen“ lässt. Mit Blick auf die niedrige Quote an offenem Vollzug und Lockerungsmaßnahmen in Thüringen – beides aber wichtig für einen möglichst problemlosen Übergang von der Haft in das Alltagsleben danach – sieht die LINKE Nachbesserungsbedarf bei den Planungen der Landesregierung für anstehende Neubauten und Umstrukturierungen.

Die Abgeordnete betonte, dass zum umfangreichen Gesetzentwurf noch viele Punkte kritisch zu diskutieren sind, und forderte eine intensive Anhörung im Justiz-Ausschuss unter Hinzuziehung externer Fachleute.

Sandra Steck